

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Beleglohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—, Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Insertats müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 223.

Dresden, Montag den 27. September 1909.

20. Jahrg.

Antisemiten im Landtage.

Im verflochtenen Bandtage existierte nur ein einziger wichtiger Antisemit, dagegen hat es an Herren mit antisemitischen Neigungen nicht gefehlt. Blümmersmann, der einzige offizielle Vertreter seiner politischen Richtung, gehört der Reformpartei an. Sie im Landtage nie eine Rolle gespielt. Zeitweise haben über seine Vollstufung dieses Schloßes in der Zweiten Kammer, es aber der Fall war, handelte es sich nur immer um die Herren. Doch auch Blümmersmann kann man nicht als Vertreter der Reformpartei im Landtage anprechen, er entstammt als ihr nur zum Teil dem antisemitischen Sumpf, vielmehr war konservativ-antisemitischer Kompromißkandidat auf den Krücken Dreifachwahlrecht in den Landtag gehüpft. In Sachen die Antisemiten ja längst nicht mehr in der Lage, aus eigenen Kräfte etwas zu unternehmen oder gar einen Abgeordneten zu schicken. Neuerdings haben die Antisemiten versucht, Rumor der Mittelstandsbewegung für sich auszunutzen, viele schienen sie haben nicht gehört zu haben. Doch besteht die Bewegung für ein Zusammengehen der Mittelstandsbewegung und der Antisemiten. In einigen Orten, wie in Dresden, haben sich auch die Konservativen noch geteilt. Das ist fürwahr ein Parteil, des Schnapsblocks welche würdige. So kurz die Geschichte der Reformpartei schon ist, so möglich ist sie auch. Unter großem Lärm und großer Begeisterung ist sie anfangs der 90er Jahre die Antisemiten, als der sogenannte Mittelstand, pöbellich rappellfähig, der konservativen Partei verließ und Alwardi und Blümmersmann Gefolgschaft leistete. Von Sachsen aus, so verstand, sollte die Welt für die Antisemiten erobert werden. Wenigen Jahren schon hat all das möglich geendet. Ein nach dem andern ging ihnen bald wieder verloren, und die Antisemiten haben Mandat haben wollen. Die mit so großem Lärm aufgestellte Partei ist weder läßt gewesen, eine leistungsfähige Organisation im Leben zu zeigen, noch eine einzige Tagesarbeit zu leisten. Diefelbe Unfähigkeit hat sie auch bei den letzten Reichstagswahlen bewiesen.

Doch wird dieser künftige politische Bankrott niemanden, der das Treiben der Antisemiten in Sachen beobachtet hat, unentdeckt sich von den Konservativen ja nur durch deren Verleumdungen der Judenhebereien und rabulischen Lügen. Es sollte der Reformpartei sowohl die politische Lage wie die innere Kraft zu einer eigenen Entwicklung, ihrem vollen Range mit antisemitischen Kapriolen brach sie zusammen, während die krumme Gefolgschaft zum Teil in das konservative Lager zurückkehrte, nachdem sie die Hoffnungen der antisemitischen Wähler erfüllt hatte, aber bildet in Sachsen die Reformpartei nur noch den Rest der konservativ-agrarischen Clique.

Das ist auch im Landtage deutlich zum Ausdruck gekommen. Blümmersmann, der sich in Volkserklärungen gern als Volkswortführer aufstellte, machte hier den Handlanger der Konservativen, indem er sich ein reaktionäres Grundprogramm bewerkstelligte. Er ging darin, offenbar aus Geselligkeit für die Konservativen, so weit, sein eigenes Programm zu mißhandeln. Er behauptete, die Antisemiten, gleich den Konservativen, zu haben, auch auf parlamentarischer Versammlung der einzelnen Bundesstaaten zu werden. Er forderte: Blümmersmann aber trat im Landtage ein. Er sprach von dem Wahlrecht ein, bei dem nur die Staatsbürger ein Wahlrecht haben sollten, die 8 bis 10 Millionen Staatsbürger. Dadurch wären mehr als 2 Millionen ihrer wichtigsten Rechte beraubt worden. Ein Wahlrecht, das im vorliegenden Landtage nur deshalb ein solches, wenn es wirklich sein sollte, mit einer großen Ausnahme für die reichen Wähler verbunden sein müßte. In anderen Worten, Blümmersmann war nur deshalb der des Pluralwahlrechts, weil eine große Stimmenhäufung, die angeblich die konservativen wollten, die Arbeiter nicht abgibt entzogen.

Im letzten Landtage opponierte Blümmersmann wohl gegen die Regierungsvorlage, zeigte aber für die ganze Reichstagsfrage so wenig Interesse, daß er es, angeblich gegen seinen Willen, einen Sitz in der Wahlrechtsdeputation nahm. Wegen des Pluralwahlrechts, wie es jetzt eingeführt ist, aber nicht einig, aus dem man nicht recht klug wurde, er aber schließlich doch dafür. Wie hat ein Antisemit im Reichstage auch nur schützen verstanden, dem antisemitischen Programm gemäß für allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht einzustehen. Um das Volk entzogen zu können, trat er das Programm mit Füßen.

Wie Blümmersmann hat sich Blümmersmann im Landtage als Mandatbesitzer aufgestellt, aus Neigung für die Agrarier er aber mehrmals eine mittelstandsfeindliche Erklärung eingenommen. Mehrfach ist er auch im Landtage dem Bauernstand eingetreten, wodurch dem gewerblichen Mittelstand und den Beamten die Lebensgrundlage erheblich verteuert worden sind. Es ist doch daran erinnert, daß im Landtage 1905/06, als gegen die Bauernstand gerichtete von sozialdemokratischer und freier Seite eingebrachte Interpellationen zur Beratung standen, Abgeordneter Blümmersmann die agrarische Fleischwuchererlei durch eine Rede unterstützte und sich dagegen wandte,

daß man die Grenzen wieder öffne und Schlachtvieh aus dem Ausland hereinlasse, was besonders von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde. Es konnte aber gar kein Zweifel darüber bestehen, daß gerade die hohen Fleischpreise dem Mittelstand auf das bedenklichste die Existenz erschweren. Ähnlich verhielt sich Blümmersmann im Landtage 1907/08, als durch eine Interpellation Maßnahmen gegen die überhöhten Getreidepreise gefordert wurden. Da spielte Blümmersmann die Rolle des Schwelgers und stimmte so den agrarischen Forderungen entgegen. Um so eifriger unterstützte der konservativ-antisemitische Abgeordneter Ulrich die Brotwucherpolitik mit eifrig geläuterten Wortschwallen.

Natürlich ist die antisemitische Partei von eher eifrig für die Umgehungssteuer eingetreten. Hier sind auch die bürgerlichen Konsumvereinsmitglieder zu finden. Nach Ansicht der Antisemiten soll die Umgehungssteuer den Zweck erfüllen, die Warenhändler und Konsumvereine überhaupt zu bestrafen.

So sehr die antisemitische Reformpartei dem politischen Bankrott verfallen ist, ihre arbeiterfeindliche Haltung, ihr rückständiges Treiben ist noch das alte. Als politische Schädlinge, die sich nur von engbrüchigen Sonderinteressen leiten lassen, als Feinde des Volkes und jedes Fortschritts müssen wir die antisemitische Partei auf das entschiedenste bekämpfen, wo und in welcher Gestalt sie sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen auch zeigen mögen.

Äußere Politik und Rüstungen in Oesterreich.

Am 26. September, dem Reichstagsfeierabend, unserer österreichischen Wochenschrift, der ebenso interessant wie lehrreich verlaufen ist, hielt Herr Dr. Adler eine auch für uns Reichsbürger sehr bemerkenswerte Rede über die neue auswärtige Politik des Reichstages. Er führte aus:

Wir haben eine Zeit furchtbarer Aufregung hinter uns, die Zeit, wo jeder Mensch geistert hat vor dem Gedanken, daß unsere jungen Leute auf die Schlachtfelder gehen würden, um zu bluten für eine Sache, die sie wahrscheinlich nicht anging. Es war die Zeit der furchtbaren Kriegsgefahr. Heute ist die äußere Politik Oesterreichs eine ernste, sehr aktuelle Sache geworden.

Wir haben in Oesterreich eine Auffassung des Nationalismus, des Wachstumsstrebens, einen Aufschwung des Prestiges oder wenigstens des Ansehens, den wir erleben in allen Schichten, mit Ausnahme der Arbeiterklasse, eine Renaissance des Nationalbewußtseins. (Große Beifälle.) Der Entschluß des Herrn Reichthal, Graf zu werden (Oesterreich) und Woiwode und die Vergewinnung zu annehmen, hat uns vor eine schwere Krise gestellt, zugleich aber in eine Stimmungslage versetzt, die den Oesterreichern in die Augen für eine Wackelpolitik hineinverwirrt hat. Durch die Annexion ist es zu Komplikationen gekommen, nicht nur mit dem kleinen Serbien, sondern mit halb Europa. Wir haben heri vor dem Krieg gestanden und unsere Position auf dem Balkan ist völlig unklar geworden, soweit unsere wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen. Dabei hat sich nichts geändert, als daß ein alter Feind, der früher Okkupation hieß, jetzt Annexion heißt. (Große Beifälle.) Wir haben Hunderte von Millionen dafür geopfert; aber was haben wir davon? Wenn auch der Kapitalismus überall nur Raubpolitik in allen ihren Formen führt, so folgt daraus nicht logisch, daß aus Oesterreich imperialistisch werden muß. Wenn der Imperialismus für andere Staaten ein Verbrechen des Kapitalismus ist, so ist er für Oesterreich nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine geordnete Aufgabe. Ein Staat wie Oesterreich, der sich im Innern nicht geordnete Zustände schaffen kann, hat nicht nötig, nach außen seine Arme auszustrecken. Die Annexion bedeutet nur eine Verlegenheit für uns. Man hat das Land genommen, aber man weiß nicht, in welche Richtung man es stellen soll. (Beifälle.) Wo anders ist der Imperialismus die Folge von übermächtiger Kräftefülle des Kapitalismus. In Oesterreich ist diese Kräftefülle nicht vorhanden. Der Imperialismus in Oesterreich ist ein Verbrechen mit untauglichen Mitteln. Wir sind wirtschaftlich nicht bereift, Imperialismus und Kolonialpolitik zu treiben. Andererseits sucht man mit dem Imperialismus Erfolg für die Industrie. In Oesterreich macht man in demselben Moment, wo man die Wirtschaft über den Balkan ausbreiten will, eine Handelspolitik, die den Balkan nach dem Balkan immer mehr erschwert. Die Annexionspolitik hat natürlich alle Instanzen des alten Oesterreichertums aufgeweckt. Wenn man schon lange die Militarismus nicht gehört hat, wenn man Siege nicht zu berechnen hat, nimmt man mit einer Mobilisierung vorlieb. Die bürgerlichen Parteien haben den Schwandel mitgemacht, aber nach dem Essen kommt das Nadeln. Die Franzosen nennen es La douloireuse, die schmerzhaftesten Viertelstunde. Die Rechnung muß nun beglichen werden.

Es nun unsere Stellung gesellschaftlich geworden in Europa? Wir haben das feste Bündnis mit dem Deutschen Reich und es wäre sehr zu wünschen, daß es nicht nur dazu benutzt würde, einen Teil der Kosten, den der deutsche Imperialismus in seinem Herrschaftskampf gegenüber England auswendig, auf uns abzuwälzen. Moralische Gräueltaten haben wir in der Türkei nicht gemacht. Wir hätten heute schon eine Verfassung, wenn es bei der Türkei geblieben wäre, während es jetzt in Oesterreich noch keine Verfassung hat. Bei den Südslaven haben wir nicht zu wollen und mit Italien steht die Freundschaft bestimmt doch immer unser Verhältnis zu Italien. (Beifälle.) Ungewissheit hat sich auch unser Verhältnis zu Italien nicht durch die neuesten Vorgänge verbessert.

Wir haben nun eine augenblickliche Belastung mit 400 Millionen Aronen für die Mobilisierung und Organisation innerhalb der Armee erhalten, wir haben einen großen Tribut an die Türkei gezahlt; aber das Schlimmste ist die dauernde Belastung des Budgets mit Millionen, deren Differenz die Regierung noch nicht deutlich auszusprechen mag. Dabei denkt man bei uns nicht an eine Zurückdrängung der agrarischen Politik; im Gegenteil, weil die

Regierung vom Parlament die Kredite braucht, gibt sie sich blind in die Hände der Agrarier. Man zapft dem Volke das Geld ab und verteuert ihm gleichzeitig die Lebenshaltung in einer Weise, wie es noch nicht da war. Oesterreich ist angewiesen auf den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Balkan, der eine Lebensbedingung für unsere Industrie ist, und dieser Verkehr ist nun doppelt eingeschränkt. Wir sind keine prinzipiellen Freihändler, aber wenn irgendwas der Freiheit zum Balkan. Unsere jetzige Politik ist eben so selbstmörderisch wie furchtig. In demselben Moment, wo wir den Balkan beruhigen müssen, treiben wir eine feindselige Handelspolitik gegen den Balkan, bloß um das Schwein von unseren Grenzen fernzuhalten.

Die Abklärung der Dienstzeit ist jetzt in weite Ferne gerückt; dafür sollen jetzt sogar Kriegsschiffe gebaut werden. Von dieser Zeit waren wir doch bisher nur mäßig geplagt. Jetzt sollen die schon bewilligten Schiffe im schnelleren Tempo gebaut werden und viele neue Dreadnaughts sollen hinzukommen. Jedes dieser neuen Schiffe soll 28 Millionen kosten und diese Summe will man in demselben Staate ausgeben, der kein Geld hat für die Waisenerziehung der Arbeiter, in welchem mit der Altersversorgung der Arbeiter noch fortwährend geögert wird.

Wie ist nun die Regierung dazu gekommen, diese 300 Millionen auszugeben, ohne das Parlament zu befragen. In Oesterreich besagt man die Volkvertretung nicht. Hierüber beschließt die Kammer eines Parlaments, die Delegation. Aber man wird sich hüten, wenn man glaubt, daß neben dem Volkshaufe die Delegation die alte Rolle weiter spielen könne. Wir werden im Parlament selbst die Regierung zur Verantwortung ziehen. Wir werden den Kampf im Parlament mit doppelter Gewalt führen, weil die Regierung nicht weiß, wie sie die einfachsten finanziellen Bedürfnisse des Reiches kann, weil sich Staats- und Landeswirtschaft in einer offenen Krise befinden. Wir werden im Parlament zu erweisen haben, daß wir diesem schweren Kampfe gewachsen sind. Die bürgerlichen Parteien haben das eifrige Bestreben, Kapitalismus und Opportunismus nach oben mit Demagogie nach unten zu verbinden. Sie wollen bewilligen, aber sie möchten auch verteidigen, weil sie fürchten müssen, nicht wiedergewählt zu werden. Da werden sie es für das Nichtigste halten, sich um die Entscheidung im Parlament herumzubringen und sich der Verantwortung zu entziehen. Sie wollen getreue Untertanen sein; aber sie zerkauen sich nicht, die Rechnung zu bezahlen. Und wenn Sie von aufgeregten Gemütern und der Obstruktion im Volkshaufe hören, so können Sie sicher sein, daß die Feiglinge des Bürgertums dahinterstehen. Die Obstruktion ist bei uns keine revolutionäre Methode, sondern im Gegenteil das Feigblat des Bürgertums.

Die äußere Politik ist für die Sozialdemokraten eine einfache. Wir wünschen den Frieden, aber wir wissen, daß mit so frommen Wünschen nicht viel getan ist. In Oesterreich ist die Politik des äußeren Friedens bedingt durch die Politik des inneren Friedens. Wir müssen vor allem den einzelnen Wählern in Oesterreich Freiheit und Lebensmöglichkeit schaffen. Wer eine gute Friedenspolitik nach außen will, muß eine nationale Friedenspolitik im Innern wollen, und vor allem demokratische Politik machen.

Der Kampf kann nicht allein im Parlament ausgetragen werden. Selbstverständlich werden wir gleich unseren Genossen in Deutschland, die einen demundernwertigen Kampf führen, jede militärische Neuforderung ablehnen, aber die außerparlamentarische Aktion muß in ihr Recht treten. Es muß klar werden, daß es Rüge und Verteilung ist, daß die Wähler Oesterreichs der Politik Reichthals zuzubehalten, daß sie sich ihre Augen verblenden und ihre Hirn verblöhen lassen und das arme Oesterreich von einem Groß-Oesterreich mitmachen. Es muß klar werden, daß die militärischen Forderungen gegen den Widerstand der großen Masse des Volkes erhoben werden. Wenn die Gegner diese Stimmung im Volke durch nationalitätstheoretischen Lärm überdecken wollen, so mögen sie wissen, daß die Menschheit zu geben haben, wenn sie diese Nützlings- und Hungerpolitik, die in Oesterreich noch mehr als anderswo Wahnsinn und Verbrechen ist, fortsetzen wollen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Herr Reichthal schlägt die folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die von der Annexion ausgehende außerordentliche politische Notlage hat den Wählern Oesterreichs keinen Vorteil gebracht, wohl aber sie schwer geschädigt durch die Gefährdung des Friedens, die Bekämpfung unserer Volkswirtschaft, die großen Opfer der Mobilisierung und die Bedrohung mit einer ungeheuerlichen, dauernden Steigerung unserer Ausgaben für Meer und Flotte.“

Diese Politik erscheint doppelt überflüssig, weil sie einseitig mit einer Handelspolitik, die vom Uebermut der ungarischen wie der österreichischen Agrarier diktiert wird, die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, über die breiten Massen der Bevölkerung Ausbeutung verhängt und dem Hass der Volkswähler gegen Oesterreich stets Nahrung gibt.

Die äußere Politik Oesterreichs muß vor allem eine Politik des Friedens sein, und seine Wackelpolitik sowie seine Zukunft hat zur notwendigen Voraussetzung den innern Frieden, die ungehemmte Entwicklung und die Wohlfahrt der Wähler Oesterreichs selbst, die nur gegründet werden kann auf die nationale Autonomie, gesichert durch demokratische Einrichtungen, nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Ungarn und in den neu annektierten Ländern.

Der Parteitag protestiert gegen die Politik der Abenteuer, die unternommen wurde, ohne das Parlament zu fragen; er protestiert dagegen, daß den Wählern schwere Opfer auferlegt, daß Hunderte von Millionen ausgegeben wurden, ohne die verfassungsmäßige Genehmigung der Volkvertretung einzuholen. Er protestiert dagegen, daß die Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der Wähler den Delegationen überlassen wird, die ein künftiges Scheitern des Parlament sind, das völlig abstrus und dessen Existenzberechtigung hinsichtlich geworden ist, seitdem es in Oesterreich eine wirkliche Volkvertretung gibt.

Der Parteitag erwartet von den sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie der Methode, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen, energisch entgegenzutreten, daß sie rücksichtslos Forderungen verlangen werden für die ohne Genehmigung des Parlaments verschwendeten Millionen, und daß sie sich mit aller Kraft den wahnsinnig ausschweifenden Plänen des Militarismus und Opportunismus widersetzen werden, die den durch die Lebensmittelerhöhung und die Arbeitslosigkeit schwer betroffenen Wählern ungebührlich vermehrte Lasten aufzulegen wollen.

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or a small advertisement, partially illegible.